

Politik der dargebotenen Hand

CVP lanciert den Wahlkampf mit Präsident Gerhard Pfister

Von Christian Fink

Basel. Die Sommerferien sind noch nicht zu Ende. Und schon signalisiert die erste Partei mit einem Wahlkampf-Auftaktfest, dass sich an den Regierungswahlen im Oktober etwas ändern soll. Die links-grüne Allianz soll unter dem Motto «Bürgerlich mit Herz» aufgemischt werden.

Die CVP Basel-Stadt versammelte sich zur Initialzündung dieses Vorhabens volksnah in der Gaststube der Brauerei «Unser Bier» im Gundeldingerfeld. Dies unter dem Beisein verdienter Granden der Partei sowie der Baslerbieter Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Und auch Parteipräsident Gerhard Pfister weilte vor Ort. Er lobte in seiner Rede das gemeinsame Vorgehen der bürgerlichen Parteien Basels, die vier Kandidaten präsentieren.

Selbstverständlich gebe es zwischen diesen Parteien Unterschiede. Bürgerliche Politik werde in Basel-Stadt jedoch nur möglich, «wenn man der Dominanz der Linken etwas entgegensetzen kann». Und: «Wir können es uns nicht leisten, durch taktische Fehler es den Linken noch leichter zu machen, als sie es ohnehin schon haben.» Genau dies ist in der Vergangenheit ja oft geschehen. Die Strategie, mit allen bürgerlichen Parteien gemeinsam die linke Vorherrschaft zu attackieren, sei die richtige. So soll die CVP wieder an Kraft gewinnen und an frühere Stärken anknüpfen, so Pfister. Denn nur die CVP mache eine bürgerliche Politik der dargebotenen Hand. «Andere Politiker machen eine Politik der hohlen Hand, wiederum andere eine Politik des kalten Herzens.»

Erfolge bürgerlicher Politik

Regierungsrat Lukas Engelberger gab seiner Hoffnung Ausdruck, «dass wir am 23. Oktober zu den Siegern gehören». Denn es brauche auch in Zukunft eine starke CVP, «sowohl im Grossen Rat wie auch im Regierungsrat». Die Erfolge, die der Kanton in vergangener Zeit habe erzielen können, seien eigentlich bürgerliche Erfolge. Der Gesundheitsdirektor nannte in diesem Zusammenhang etwa die Entspannung in der Finanzpolitik, die wesentlich auf bürgerlichen Druck zurückzuführen sei. Selbiges gelte für die Senkung der Steuern, die, so Engelberger, noch tiefer angesetzt werden könnten.